Global Geopolitics in Berlin vorgestellt

Fokus auf Multipolarität und die sich wandelnde Weltordnung

Internationale Wissenschaftler und Politikexperten versammelten sich in Berlin zur Vorstellung von Global Geopolitics, einer neuen Fachzeitschrift, über Dynamiken, Machtstrukturen und strategische Entwicklungen.



2. März 2026 ·

Internationale Wissenschaftler und Politikexperten versammelten sich in Berlin zur Vorstellung von *Global Geopolitics*, einer neuen, peer-reviewten Fachzeitschrift, die die komplexen Dynamiken internationaler Beziehungen, Machtstrukturen und globaler strategischer Entwicklungen untersucht.

Die Auftakt-Roundtable-Diskussion, organisiert in Kooperation mit der in Berlin ansässigen Eurasischen Gesellschaft, bot eine Plattform zur Erörterung von Entwicklungen wie dem wahrgenommenen Niedergang westlicher Unipolarität, dem Aufkommen dessen, was einige Referenten als „Zivilisationsstaaten“ bezeichneten, sowie unterschiedlichen Interpretationen wertebasierter Außenpolitik in einem zunehmend fragmentierten globalen Umfeld.

Ein Mandat für Inklusivität in einer Welt im Wandel

Die Vorstellung fand in einer Phase statt, die Efe Can Gürcan, Chefredakteur der Zeitschrift, als eine Zeit „tiefgreifenden Wandels“ und „großer Übergänge“ beschrieb. Dr. Gürcan, der der Queen’s University Belfast sowie der Türkischen Akademie der Wissenschaften angehört, skizzierte das Ziel der Zeitschrift, die Debatten im Bereich der Geopolitik zu erweitern.

„Heute treffen wir uns in einem Moment tiefgreifender Veränderungen … und die Geopolitik steht erneut im Mittelpunkt der Schlagzeilen und unserer Agenda“, erklärte Gürcan in seiner Eröffnungsrede. Trotz des wachsenden Interesses an geopolitischen Fragen gebe es „nur sehr wenige akademische Fachzeitschriften, die sich ausschließlich der Geopolitik widmen“.

Nach Gürcan strebt die Zeitschrift danach, über die konventionellen Dichotomien hinauszugehen, die geopolitische Debatten häufig prägen. „Geopolitik wird oft in Bezug auf Konflikt, Ausschluss und Rivalität gerahmt“, bemerkte er. „Auch wenn dies teilweise zutrifft, bevorzugen wir einen wesentlich umfassenderen Ansatz … letztlich läuft alles auf ein einfaches Wort hinaus: Inklusivität.“

Er definierte drei zentrale Säulen dieses Ansatzes:

- **Geografische Inklusivität:** Förderung von Beiträgen von Wissenschaftlern aus allen sieben Kontinenten – nicht nur aus dem Westen, nicht nur aus dem Osten und nicht nur aus dem Globalen Süden.
- **Disziplinäre Inklusivität:** Einbeziehung unterschiedlicher Fachrichtungen wie Geschichte, Soziologie und Ökonomie.
- **Analytische Inklusivität:** Integration von Perspektiven der Internationalen Beziehungen (IR-Theorie) sowohl aus traditioneller als auch aus kritischer Geopolitik sowie Untersuchung nicht nur von Konflikten, sondern auch von Kooperation, Konnektivität und nicht-traditionellen Sicherheitsfragen.



„In *Global Geopolitics* wird der Begriff ‚global' nicht im Sinne von ‚Globalismus' verwendet", stellte Gürcan klar. Die Wortwahl sei bewusst und impliziere keine Ausrichtung an einem bestimmten politischen Projekt oder einer ideologischen Agenda. Vielmehr unterstreiche die Verbindung von „global" und „Geopolitik" das Bekenntnis der Zeitschrift zu geografischer, disziplinärer und analytischer Inklusivität bei gleichzeitiger akademischer Strenge.

Die redaktionelle Struktur spiegelt die heutige multipolare Realität wider: Das Herausgebergremium umfasst Vertreter aus Großbritannien, Kanada, Indien, China, Japan, Brasilien, Peru und der Türkei. Die erste Ausgabe behandelt unter anderem den Ukraine-Konflikt, Energiepolitik und globale Migration auf empirischer Grundlage.

Das Scheitern des Moralismus und die Rückkehr der „Realpolitik"

Im Anschluss an Gürcans Einführung eröffnete Alexander Rahr, Vorsitzender der Eurasischen Gesellschaft und Historiker mit langjähriger Tätigkeit im Umfeld des Deutschen Rates für Auswärtige Beziehungen, die Keynote-Sitzung. Rahr übte scharfe Kritik am gegenwärtigen intellektuellen Klima in Deutschland und Westeuropa. Die Fixierung auf „liberale Werte" habe die klassische diplomatische Analyse weitgehend verdrängt.

„Deutschland, aber auch einige andere europäische Länder, konzentrieren sich in ihrer Sichtweise, ihrer Analyse und ihrer Politik zu 100 Prozent auf sogenannte liberale Werte – und sonst nichts", erklärte Rahr. Dieser moralische Absolutismus sei nur tragfähig gewesen, solange der Westen unangefochten gewesen sei. „Das funktionierte in den vergangenen 25 oder 35 Jahren, als der Westen geeint und stark war … Jetzt befinden wir uns in ernsthaften Schwierigkeiten."

Rahr verstand die Gründung der Zeitschrift als notwendige Intervention zur Wiederbelebung der „Realpolitik" im europäischen Diskurs. Er beklagte den Mangel an pluralen Stimmen in der deutschen Öffentlichkeit – im Gegensatz zu den USA, wo Persönlichkeiten wie John Mearsheimer oder Jeffrey Sachs weiterhin Gehör fänden.

Für Rahr liegt das geopolitische Gebot für Europa klar auf der Hand: ein Perspektivwechsel hin zu einem besseren Verständnis der aufstrebenden Mächte. „Ich möchte den Fokus auf die BRICS-Staaten legen", sagte er. Diese Länder hätten das Potenzial, neue Pole in der Welt zu werden. Eine Annäherung sei nicht nur wirtschaftlich, sondern sicherheitspolitisch notwendig. Nur so könne Frieden und Kooperation in einer komplexen multipolaren Welt aufrechterhalten werden. Insbesondere müsse Europa „chinesisches" und „indisches Denken" verstehen – Bereiche, über die europäische Eliten „sehr wenig, fast nichts" wüssten.

Die Gefahren einer „missionarischen Mentalität"

Dr. Christopher Mott, Washington Fellow am Institute for Peace and Diplomacy, sprach über die „Gefahren einer missionarischen Mentalität". Er unterzog die liberale internationale Ordnung einer realistischen Dekonstruktion und warnte davor, die Welt einem einheitlichen ideologischen Standard unterwerfen zu wollen.

Mott zitierte den Philosophen George Santayana: „Der Humanitäre ist wie der Missionar oft ein unversöhnlicher Feind der Menschen, denen er Freund sein möchte, weil ihm die Vorstel-

lungskraft fehlt, ihre wirklichen Bedürfnisse nachzuvollziehen, und die Demut, sie so zu respektieren, als wären es seine eigenen."

Der „unipolare Moment" nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei eine historische Anomalie gewesen, die höchstens zwanzig Jahre angedauert habe. Die aktuelle Verunsicherung im Westen resultiere aus der Weigerung, zur historischen Normalität – der Multipolarität – zurückzukehren. „99 Prozent der Menschheitsgeschichte waren faktisch multipolar", betonte Mott.

Er plädierte für „Polyzentralismus" – ein System koexistierender Regime und Ideologien auf der Grundlage souveräner geografischer Einheiten statt erzwungenen Konsenses. Europa warnte er davor, zu einem „Saudi-Arabien des militanten Humanismus" zu werden.

Sein Plädoyer lautete auf eine Rückkehr zu „situativem Realismus" und lokal definierten Interessen. Abschließend verwies er auf George Washingtons Abschiedsrede und warnte vor „künstlichen Verflechtungen" mit fremden Mächten.

Dekonstruktion von „Westen" und „Globalem Süden"

Professor Jagannath Panda, Leiter des Stockholm Center for South Asian and Indo-Pacific Affairs, stellte die strukturellen Machtdynamiken in Asien in den Mittelpunkt. Die Dichotomie „Ost gegen West" sei faktisch obsolet.

Beim Weltwirtschaftsforum in Davos sei weniger über klassische Ökonomie gesprochen worden, sondern verstärkt über politische Ökonomie und Sicherheit. Reden westlicher Führungspersönlichkeiten hätten eine Fragmentierung des traditionellen westlichen Blocks offengelegt.

„Es gibt heute keinen ‚Westen' mehr", argumentierte Panda. Wenn der Westen als kohärente Einheit nicht existiere, sei auch die Vorstellung eines klaren Konflikts zwischen West und Ost fragwürdig.

Er unterschied zwischen:

- **Multilateralismus** (Netzwerkbildung als Prozess),
- **Multipolarismus** (strukturelle Machtbasis),
- **Multipolarität** (Verteilungsmodus von Macht).

BRICS kombiniere alle drei Dimensionen, während Institutionen wie die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) primär multilaterale Mechanismen seien.

Zukünftige Konflikte würden zunehmend durch Ressourcenpolitik geprägt sein. Küsten- und Korridorstaaten wie Myanmar, Bangladesch, Sri Lanka und die Malediven gewännen strategisch an Bedeutung.

Das „Imperium des Chaos" und Energiekriege

Thomas Fazi, italienischer Journalist und Autor, beschrieb die aktuelle geopolitische Transfor-

mation als das Ende von „500 Jahren westlicher wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hegemonie“.

Der Aufstieg des nicht-westlichen Raums werde von westlichen Eliten als existenzielle Bedrohung wahrgenommen. Die US-Politik, so Fazi, verfolge eine Strategie „konstruierten permanenten Chaos“, um den Übergang zur Multipolarität zu verlangsamen.

Zentral sei dabei die Kontrolle über Energieflüsse. Die Erosion des Petrodollar-Systems – etwa durch Handelsbeziehungen Russlands und Irans außerhalb der US-Jurisdiktion – bedrohe die amerikanische Hegemonie strukturell.

Lebhafte Diskussion: Macht, Handel und Europas Zukunft

In der abschließenden Diskussion wurde die Widerstandsfähigkeit nicht-westlicher Mächte thematisiert. Mott argumentierte, historisch tief verwurzelte Staaten – etwa China, Indien oder Äthiopien – seien strukturell belastbarer als junge Nationalstaaten.

Rahr betonte die kulturelle Erosion Europas durch „80 Jahre Amerikanisierung“ und warnte vor politischer Fragmentierung ohne Rückgewinnung historischer Identität.

Die Panelisten waren sich einig, dass die Ära unregulierter Globalisierung beendet sei. An ihre Stelle trete sicherheitspolitisch motivierter Protektionismus. Handel werde zunehmend unter dem Primat nationaler Sicherheit organisiert.

Fazi sprach von einer „Fusion von Staats- und Konzernmacht“, während Panda das EU-Indien-Freihandelsabkommen als pragmatischen Diversifizierungsakt interpretierte.

In der Frage nach Europas Rolle divergierten die Positionen:
Fazi sah EU und NATO strukturell reformunfähig. Panda plädierte für strategische Autonomie und den Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten.

Mott schloss mit dem Plädoyer für einen multipolaren „modus vivendi“, der auf Gegengewichten und nicht-gebundenen Bündnissen beruhe, um hegemoniale Dominanz zu verhindern.